

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXII/145

Bad Godesberg, den 2. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Kiesmachen ist keine Politik</u> Plädoyer gegen künstlich erzeugtes Unbehagen Von Günther Scholz, Bonn	84
3	<u>Ein gern gesehener Gast</u> Japans Außenminister in Bonn	29
4	<u>Hilfe durch Wohlfahrtsmarken</u> Die Arbeiterwohlfahrt im Dienste sozialer Hilfe	40
5 - 6	<u>Bulgarien und die Sowjetunion</u> Abhängigkeit und Bewunderung - Vergangenheit und Gegenwart Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	66

* * *

Wiesmachen ist keine Politik

Plädoyer gegen künstlich erzeugtes Unbehagen

Von Günther Scholz, Bonn

Die fatale Neigung zum Selbstmitleid schießt in der deutschen Publizistik wieder üppig ins Kraut. Gedünkt durch Nachrichten, die über Sommergewitter in der Bonner Regierungskoalition berichten, verbreitet sich das Gefühl einer politischen Malaise. Der strahlende Siegfried Kiesinger scheint sich schon nach einem halben Jahr Regentschaft in einen müden Zögerer zu verwandeln, der mehr als ein Lindenblatt, mehr als eine verwandbare Stelle hat. Auf ihn richten sich alle Speere beißender Kritik. Sie vergleicht ihn mit seinem gescheiterten Vorgänger Erhard, kaum gemildert durch die sarkastische Einschränkung, es sei immerhin "der schönste Erhard, den es je gab".

Aber damit nicht genug. Auch sein Verteidigungsminister Schröder wird mit einem Brutus-Mantel bekleidet, der den schon gezückten Dolch auf das Herz des Kanzlers kaum noch verfüllt. Die Regierungsehe der beiden großen deutschen Parteien - noch vor kurzem als die starke Basis für grundlegende und notwendige Reformen gefeiert - gilt vielen jetzt als Symbol der Schwäche.

Wenn es nicht die sommerliche Schwüle ist, die das Unbehagen ausstrüht, wenn es nicht die Langeweile ist, die den Mißmut nährt, dann ist das Gegreine ebenso unbegründet wie gefährlich. Der artikulierte Unwille hat kein Ziel. Er nennt keine Alternative, weist keine neuen und besseren Wege, sondern verbreitet nur Ratlosigkeit und Resignation.

So kann es nicht weitergehen! Was nützt, ist Mut, Tatkraft und Entschlossenheit. Sie haben jede Möglichkeit, sich zu verwirklichen. Nach den Vorarbeiten der ersten Monate bietet sich jetzt ein Betätigungsfeld, wie es noch kein Bundestag, keine Bundesregierung seit 1949 gehabt haben. Das allein wirksame Instrument ist geschaffen, die Ziele sind gesetzt, um die Bundesrepublik in eine innerlich und äußerlich stabile Zukunft zu führen. Die unmittelbare Kriegsgefahr, von der Adenauer seine Politik herleitete, ist gewichen. Darum hat die deutsche Außenpolitik mehr Handlungsspielraum als je zuvor. Sie kann mit Geduld und Initiative ihre große nationale Aufgabe auch in Osteuropa verfolgen. Außenminister Brandt hat sie mit seinen Gedanken über eine "Europäische Friedensordnung" bereits konkret umschrieben.

Frieden und Entspannung erlauben aber auch im Inneren die notwendigen Reformen. Das Grundgesetz kann endlich von den Hemmnissen befreit werden, die seinerzeit mißtrauische Besatzungsmächte gegen eine wirksame deutsche Regierungsgewalt eingebaut hatten. Nichts

anderes enthält der nun vorliegende Plan für eine neue Verteilung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Der unitaristische Bundesstaat, der "kooperative Föderalismus" können in zwei Jahren Wirklichkeit sein. Dafür bürgt die Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat, die mit der Koalition von CDU und SPD gegeben ist. Sogar die Opposition, die Freien Demokraten, würden die vorbereitete Neuformulierung des Grundgesetzes in den entscheidenden Punkten unterstützen. Die Vorstellungskraft, die Zeit und die Mehrheit dafür sind also vorhanden. Nur die Gewohnheit und die etablierten Sonderinteressen eines falsch verstandenen Föderalismus stehen noch im Wege.

Sie zu überwinden haben sich als Koalitionsbeauftragte der für Verfassungsfragen zuständige Innenminister Lücke und der sozialdemokratische Minister für die Angelegenheiten des Bundesrates, Carlo Schmid, zusammengetan. Für Professor Schmid ist das zugleich die Chance, sein 1949 unterbrochenes Werk als einer der Väter des Grundgesetzes zu vollenden und ihm endlich zu der Form zu verhelfen, die er schon damals - inzwischen bestätigt durch siebzehn Jahre Erfahrung - angestrebt hatte. Sehr wesentlich ist dafür die Assistenz des Bundesfinanzministers Strauß, der die Entwürfe für die Finanzreform für Bund, Länder und Gemeinden vorbereitet hat. Er kann in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der bayerischen CSU zugleich dafür sorgen, daß der Widerstand des Landes Bayern und gewisse CDU-Bedenken gegen einen angeblichen "Bonner Zentralismus" überwunden werden. In das große Vorhaben lassen sich übrigens die langjährigen genau begründeten Forderungen der SPD einfügen, die sich mit der Lösung überregionaler Gemeinschaftsaufgaben und der finanziellen Stärkung der Gemeinden beschäftigen.

Darüber ist die Liste der Reformen, die jetzt realisierbar werden, noch keineswegs erschöpft. Soeben leitet Verkehrsminister Leber dem Kabinett sein langfristiges Programm zu, damit ein geregelter Wachstum des gesamten deutschen Verkehrswesens eingeleitet werden kann. Die seit einem Jahrzehnt diskutierte große Strafrechtsreform rückt mit Justizminister Heinemann in ihr entscheidungsreifes Stadium und die Förderung von Wissenschaft und Forschung hat endlich ihren vom Kabinett gebilligten Rahmen gefunden.

Das sind nur die markantesten Beispiele dafür, wie unbegründet die voreilige Niesmacherei ist, von der eingangs die Rede war. Noch keine Bundesregierung hat vor dem Kabinett Kiesinger/Brandt in so kurzer Zeit mit so viel Tatkraft so grundlegende Entscheidungen vorbereitet. Sie zeichnen sich aus dem Nebel der guten Vorsätze inzwischen klar ab. Nur die Große Koalition kann sie verwirklichen.

Ein gern gesehener Gast

Japans Außenminister in Bonn

JP - Der Besuch des japanischen Außenministers in Bonn hat zunächst innerjapanische Bedeutung. Die Bundeshauptstadt ist Schauplatz einer Botschafterkonferenz, zu der Außenminister Miki seine in Europa akkreditierten Missionschefs geladen hat. Dies ist ein Mittel diplomatischer Arbeit, das sich in der internationalen Diplomatie im Zuge der auch hier angewendeten Rationalisierung immer mehr durchsetzt. Auch Außenminister Brandt verband seine Japanreise im Mai dieses Jahres mit einer solchen Botschafterkonferenz. Wenn daher nun der kurzfristig darauf erfolgende Besuch seines japanischen Kollegen auch noch nicht als Erwidmung im Rahmen der vereinbarten japanisch-deutschen Konsultationen zu betrachten ist, so wird Außenminister Brandt gleichwohl die Gelegenheit begrüßen, ein Gespräch mit dem japanischen Gast führen zu können.

Wenn bei den Gedankenaustausch in Tokio im Mai noch das gemeinsame Interesse an Nichtweiterverbreitungsvertrag ein sehr wichtiges Thema war, kann man nach der Entwicklung in Genf vorausssehen, daß die Nonproliferation der Atomwaffen im Augenblick "auf Eis gelegt" ist.

Indessen kommt Außenminister Miki aus Moskau, wo über gemeinsame japanisch-sowjetische Wirtschaftsvorhaben gesprochen wurde und aus anderen Ostblockstaaten, so daß die beiderseitigen Entspannungsbedürfnisse sicher ein deutsch-japanisches Gesprächsthema sein werden. Unzweifelhaft gibt es nichts direkt Vergleichbares in der Lage beider Länder (Japan ist nicht geteilt), aber es gibt doch einige interessante Parallelen. Ein Erfahrungsaustausch der beiden Außenminister, regelmäßige Konsultationen und ständige diplomatische Kontakte sind daher für beide Seiten von Vorteil. Aus diesen Gründen ist der Besuch des japanischen Außenministers in Bonn ein Ereignis, das aus der üblichen diplomatischen Routine herausragt.

Hilfe durch Wohlfahrtsmarken

Die Arbeiterwohlfahrt im Dienste sozialer Hilfe

AWO - In der Zeit von Oktober 1966 bis zum Frühsommer dieses Jahres lieferten 133 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bei den Kassierern ihrer 100 Ortsvereine rund 190.000 DM ab. Sie brachten diesen stattlichen Gesamtbetrag durch den Verkauf von über 1,4 Millionen Wohlfahrtsbriefmarken der Serien 1966/67 auf. Im Durchschnitt konnte jeder dieser "Ehrenamtlichen" über 10.800 Marken an den Mann bringen und dadurch DM 1.412,93 an Zuschlagerlösen abrechnen.

Wohlfahrtsbriefmarken gibt es seit 1949. Zum Portowert der einzelnen Marke wird ein Sonderzuschlag erhoben, der je nach dem Portowert 0,05 bis 0,25 DM beträgt. Die aus diesen Zuschlägen beim Schalterverkauf in den einzelnen Postärtern zusammenkommenden Beträge stellt die Post für soziale Zwecke zur Verfügung. Wohlfahrtsbriefmarken werden aber auch von den freien Wohlfahrtsverbänden und, in deren Auftrag, von ehrenamtlichen Helfer/innen vertrieben; die Verbände können die Zuschlagerlöse aus den von ihnen oder ihren Helfer/innen verkauften Wohlfahrtsmarken behalten und frei darüber verfügen.

Was fangen die Ortsvereine der Arbeiterwohlfahrt mit diesen namhaften Summen an? Natürlich werden die Gelder ebenfalls sozialen Zwecken zugewendet. Für die Käufer von Wohlfahrtsmarken ist es nur nicht nur interessant, sondern sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, wofür diese großen Beträge, die sie aus ihren Portemonnaies mit aufstocken halfen, im einzelnen ausgegeben werden.

Ein sehr großer Teil der Mittel dient dazu, die vielseitigen Aufgaben für alte Menschen mitzufinanzieren. Auch der Kindererholung kommen die Zuschlagerlöse aus Verkäufen von Wohlfahrtsbriefmarken zugute. Zuschüsse aus den Wohlfahrtsmarken-Erlösen vergeben viele AWO-Ortsvereine auch an erholungsbedürftige Mütter, die an Kuren teilnehmen; an kinderreiche und einkommenschwache Familien, die ihren Urlaub in Familienferienstätten verbringen wollen, an finanzschwache gemeinnützige Einrichtungen wie Kindergärten usw. Oft werden aus den Zuschlagerlös-Monds zu Weihnachten Geld- oder Sachpenden an kinderreiche Familien sowie an Familien und Alleinstehende mit geringen Einkommen verteilt.

Die Zuschlagerlöse aus den Wohlfahrtsbriefmarken kommen also letztlich nicht "der Arbeiterwohlfahrt" oder einem anderen freien Wohlfahrtsverband zugute, sondern unseren alten Menschen, unseren kinderreichen Familien, unseren erholungsbedürftigen Müttern, unseren Kindern und Jugendlichen - kurz allen Mitbürgern, die aus diesem oder jenem Grund, in dieser oder jener Form die freie Hilfe der Gemeinschaft brauchen.

Bulgarien und die Sowjetunion

Abhängigkeit und Bewunderung - Vergangenheit und Gegenwart

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

In Bulgarien kann man auch heute noch für einen politischen Witz fünf Jahre kassieren. Dennoch erzählt man sich diesen: Eine Schulklasse wird von ihrem Lehrer gefragt, was man tun müsse, wenn man sich im Walde verirrt habe. Der kleine Iwan meldet sich:

"Ich würde auf den höchsten Baum klettern, den ich finden könnte, und nach einer Eisenbahnlinie Ausschau halten. Sähe ich dann einen Zug, fände ich auch die Richtung und den Rückweg!"

"Aber," so sagt der Lehrer, "woher weißt Du denn, in welche Richtung der Zug fährt?"

"Das ist sehr einfach, Herr Lehrer, Wenn der Zug beladen ist, weiß ich sicher, daß er in die Sowjetunion fährt!"

Oder diesen: Nach einer kommunistischen Gipfelkonferenz lädt der sowjetische Premier Kossygin vier seiner Kollegen zu einem Picknick aufs Land ein. Jeder bringt seinen eigenen Picknickkorb mit. Sie lassen sich an einen Fluß nieder und packen ihre Sachen aus. Antonin Novotny aus der CSSR hat ein Butterbrot und ein hartgekochtes Ei, der polnische Parteichef Gomułka Brot mit einigen Scheiben Schinken, Jaros Kadar wickelt ein Stück ungarische Salami aus, und der bulgarische Partei- und Regierungschef Schiwkoff zwei Tomaten. Mit Entsetzen sehen die vier aber, daß der sowjetische Ministerpräsident lediglich zwei Scheiben trockenes Brot und etwas Salz dabei hat. Schüttelt Todor Schiwkoff voller Bewunderung den Kopf: "Da sieht man es wieder, diese Sowjets! Sie sind uns schon wieder um zwei Jahre voraus!"

Beide Witze bringen zwei vollkommen verschiedene Seiten der bulgarischen Beziehungen zur Sowjetunion zum Ausdruck: die Unterlegenheit Bulgariens und die Bewunderung für den Stärkeren, dem man viel zu verdanken hat!

Die Abhängigkeit Sofias von Moskau hat tiefe historische Wurzeln und schlägt sich in jeder bulgarischen Stadt in zahllosen Denkmälern und Erinnerungen nieder: eine Kirche in Sofia ist dem heiligen Groß-

fürsten Alexander Newski gewidmet, der die Katholisierung Rußlands verhinderte; wichtiger noch ist ein nachts beleuchtetes Reiterdenkmal, das den - später von russischen Linken ermordeten - Zaren Alexander II. zeigt. Ihm hat Bulgarien seine Unabhängigkeit vor der Türkei zu verdanken. Nach dem Ersten Weltkrieg kam in Bulgarien eine radikale Bauernpartei zur Macht, die ganz offen mit der Sowjetunion sympathisierte - ihrem Führer ist heute jener Sofioter Boulevard gewidmet, an dem die von syrischen Studenten demolierte amerikanische Botschaft liegt. 1940 gelang es dem noch neutralen Bulgarien, mit sowjetischer Unterstützung die Süd-Dobrußscha von Rumänien zurückzuerlangen; im ehemaligen rumänischen Aristokratenbad Baltschik erkolten sich jetzt bulgarische Journalisten, Künstler und Wissenschaftler. Auch, als sich Bulgarien auf der Seite Deutschlands gegen Jugoslawien, Griechenland, die USA und Großbritannien stellte, enthielt man sich in Sofia der unpopulären Kriegserklärung gegen die Sowjetunion, und als sich die sowjetische Armee den bulgarischen Grenzen näherte, bat man Moskau unverzüglich um einen Waffenstillstand.

Ingeachtet der bulgarischen Kriegsbeteiligung auf seiten Deutschlands unterstützte die Sowjetunion das von ihr besetzte Bulgarien sofort gegen Griechenland und Rumänien, die ja irgendwie zu den Siegermächten gehörten. Die Bulgaren bauten den sowjetischen Soldaten auf der höchsten Stelle Sofias ein Beinhaus, ein Denkmal im "Park der Freiheit" und ein "Museum der bulgarisch-sowjetischen Freundschaft". Auch die größte Stadt Nordbulgariens, Plewen, wurde mit einem Denkmal zu Ehren der Helden der Dritten Ukrainischen Front geschmückt. Die Einwohner von Plowdiw nennen das fast ein wenig zärtlich "Aljoscha", und das klingt anders als "Iwan" in den anderen von den Sowjets okkupierten Gebieten.

Jedes bulgarische Kino, das auf sich hält, trägt den Namen "Moskwa", nach dem Vorbild Lenins ruht Bulgariens Parteiveteran Dimitroff unweit des königlichen Palastes in einem Mausoleum, und der Ort, wo der Bildhauer Kalamis seinen berühmten Apollo schuf, dieser Ort am Meer heißt nun nach dem umstrittenen sowjetischen Wissenschaftler Mitschurin. Ganz Bulgarien ähnelt einer sowjetischen Schwarzmeer-Republik; die Bevölkerung dieses Landes empfindet diesen russischen Einfluß anders als anderswo in der kommunistischen Welt.